

## Vortrag von Dr. Peter Frey in Maria Laach am 1. Juli 2017

### „Glaubwürdigkeit: Kirche und Medien in einer sich wandelnden Welt“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung vor Ihnen zu sprechen.

Ich möchte heute das wichtigste KAPITAL des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den Fokus stellen, das auch für die Kirchen ein hohes - wenn nicht das höchste - Gut ist: die Glaubwürdigkeit!

Im Moment erleben wir eine Zeit, in der – was noch vor ein paar Monaten undenkbar schien – Institutionen der Demokratie, das Prinzip der Gewaltenteilung und das Zusammenspiel der Verfassungsorgane – wie man am Beispiel der USA sieht – in Frage gestellt werden kann. Es ist eine Zeit, in der ein US-Präsident von seinen Wählern dafür beklatscht wird, dass er nicht die Wahrheit, sondern „alternative Fakten“ verbreitet – was nichts anderes als ein Synonym für Lügen ist.

Trumps Erfolgsbasis ist die Abkopplung großer Bevölkerungsschichten aus dem bestehenden politischen System, die Mobilisierung ihrer Ängste und ihrer Wut. Trump ist zwar ein politisch total unerfahrener und wie sich herausstellt unprofessioneller Selbstdarsteller, aber ein begabter Demagoge und Medienprofi, der sich von der Kritik der Etablierten angespornt fühlt. An einem Punkt hat er übrigens recht: Amerika hat ein soziales Problem, das wir aus der deutschen Perspektive oft übersehen haben. Amerika hat auch ein Infrastrukturproblem. Trump hat mit seinem ungehobelten Stil die erreicht, die sich von der Washingtoner Politik nicht vertreten fühlten. Mit seinen Grundbotschaften, „america first“ und Abschottung, greift er außerdem auf eine tiefsitzende Grundströmung der politischen Kultur der USA zurück.

Noch hat sich das amerikanische System von Checks und Balances bewährt. Die Demokraten konnten Trump z.B. in Sachen mexikanische Mauer ausbremsen, Richter haben ihre Unabhängigkeit bewiesen, die Zivilgesellschaft mobilisiert sich. Gut so. Die Kehrseite der ersten Bilanz der Trump-Präsidentschaft lautet: soviel Unberechenbarkeit hat es lange nicht im Weißen Haus gegeben. Die Gefahr, dass Trump aus persönlichen Launen, aus Ungeduld oder Komplexitätsverweigerung eine Weltkrise anzettelt, bleibt groß. Die Welt ist also ein unsicherer Platz geworden – aber nicht erst seit der US-Wahl.

In welches Land man auch blickt: Populisten versuchen, die etablierte Ordnung – zum Beispiel in der EU – ins Wanken zu bringen. Sie wollen Stimmungen statt Wahrheiten verbreiten. In Frankreich ist Marine Le Pens Rhetorik eine Mischung zwischen Nationalismus und Globalisierungsangst. Die unerwartete Zustimmung zum Brexit, aber auch entsprechende Wahlerfolge der AfD in den deutschen Bundesländern – haben bei allen Unterschieden doch gemeinsame Wurzeln. Die politische und wirtschaftliche Globalisierung, die Schaffung übernationaler Entscheidungsräume haben die Welt – aus der Sicht gar nicht so weniger Menschen – zu einem unübersichtlichen, ja gefährlichen Ort werden lassen. Und so stehen wir nun statt des alten Links-Rechts-Schemas, statt der gefährlichen, aber doch stabilen Ost-West-Weltordnung des Kalten Krieges vor einer neuen prägenden Grundströmung, die sich wohl am besten mit „offen“ gegen „geschlossen“ beschreiben lässt.

Die Vertreter der „offenen Gesellschaft“ glauben an Vielfalt, wirtschaftlichen Wettbewerb, Globalisierung als Antrieb für mehr Wohlstand. Dagegen mobilisieren die neuen Nationalisten für ethnisch geschlossene Gesellschaften, abgeschlossene Märkte und gegen angebliche Souveränitätsverluste von Nationalstaaten. Interessanterweise finden sich in den meisten Ländern die Anhänger der offenen Räume vor allem in den urbanen Ballungsgebieten, während die Menschen auf dem Land, abseits der Metropolen, gegen die weitere Liberalisierung Stoppschilder aufstellen, vom Rost Belt in den USA, über die armen ostfranzösischen Regionen und die Tiefen Englands abseits von London und Manchester.

Diese Menschen sind misstrauisch – sie „glauben“ eben nicht, was die Medien berichten und vertrauen nicht auf die gewissenhafte Recherche von Reportern und Moderatoren. Sie zweifeln nicht nur an Zeitungen, Radio und Fernsehen – ihr Argwohn richtet sich gegen alle etablierten Institutionen dieser Gesellschaft; gegen die Wirtschaft, die Politik – und, ja, auch die Kirche. Allesamt Institutionen, als Teil des „Systems“ – ich sage das in Anführungszeichen -, die in den letzten Jahren so gern als elitär, korrupt, abgehoben beschrieben und diffamiert werden.

Dieses Misstrauen wird verstärkt durch Propaganda, wahrscheinlich staatlich geförderte Troll-Fabriken und strategisch platzierte Fake-News, die Meinungsbildungsprozesse manipulieren. Die große Gefahr dahinter hat Rainer Maria Kardinal Woelki, Erzbischof von Köln, bei der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz benannt. Er sagte, Fake News „... blenden und verführen Menschen. Sie verschleiern die Realität. Sie suchen und finden Sündenböcke. Sie heizen die Stimmung an.“ Die Absicht von Fake News sind klar: es geht darum, zu verunsichern und stabile demokratische Strukturen zu zerstören.

Wer von mir jetzt einen verzagten Blick auf meine Zunft erwartet, den muss ich leider enttäuschen: ich glaube, die Zeiten für professionellen, wahrhaftigen Journalismus waren wohl nie besser. Ich bin davon überzeugt: Er wird mehr gebraucht denn je in den letzten Jahrzehnten.

Ähnliches gilt meiner Meinung nach für die Kirche. Sie wird nicht nur gebraucht von den Menschen – gerade auch in der Flüchtlingskrise hat sie bewiesen, wie viel sie leisten kann und wie stark die Gemeinschaft der Helfer und Ehrenamtlichen ist. Diese Jahre zeigen ja auch, wie sehr die Gesellschaft als Ganzes auf die Zivilgesellschaft angewiesen ist. Trotz milliardenschwerer staatlicher Investitionen, trotz vieler Bundesanstalten und anderen Einrichtungen – Demokratie lebt immer auch von der Bereitschaft sich zu engagieren. Ohne Ehrenamtliche, die mit Herz und Hand dabei sind, geht es nicht. Und gerade für die Kirche war die sogenannte Flüchtlingskrise deshalb auch eine Chance, ihre Verantwortung in unserer Gesellschaft unter Beweis zu stellen. Christen sind zur Tat aufgefordert, zur Mitgestaltung – und das haben sie eindrucksvoll bewiesen.

Um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen braucht es also Engagement und die Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung – gerade mit schwierigen Fragen. In der Praxis sah das in der Vergangenheit leider häufig anders aus. Da wurden Diskussionen über Verfehlungen unterdrückt – wie anfänglich im Fall der 2009 und 2010 bekannt gewordenen Missbrauchsvorwürfe. Da wurden überfällige Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen Entwicklungen erst auf massiven öffentlichen Druck hin auch offen ausgetragen.

Aber ich will nicht ungerecht sein: Es finden kommunikative Aufbrüche statt, es gibt eine neue innerkirchliche Gesprächskultur. Auch dank Papst Franziskus weht ein neuer Wind durch alte Gemäuer: Wenn er zum Beispiel darüber nachdenkt, Viri probati in weit entlegenen Gemeinden einzusetzen, dann ist das ein deutliches Zeichen in Richtung Erneuerung und Modernität. Nun heißt es: weiterhin offen und ehrlich agieren, mit einer bodenständigen, nüchternen Diesseitigkeit.

Ich möchte noch einmal zurückkehren zu meiner Zunft und der Frage, inwiefern sich der Journalismus und die Medien in einer Glaubwürdigkeitskrise befinden. Die Zahlen zeigen es deutlich: Das Vertrauen in die wahrheitsgemäße Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender in der Bevölkerung ist nach wie vor groß. Das geht aus einer aktuellen Untersuchung hervor, die von der Forschungsgruppe Wahlen im April dieses Jahres durchgeführt wurde. 65 Prozent der Befragten haben danach ein sehr großes oder großes Vertrauen in die journalistischen Angebote von ZDF und ARD.

Eine Umfrage der Universität Mainz, die im Mai veröffentlicht wurde, kommt im Wesentlichen zu ähnlichen Ergebnissen. Ein dramatischer Vertrauensverlust in die Medien ist laut der Studie nicht zu erkennen. Im Gegenteil: In einem Teil der Bevölkerung lassen sich sogar Anzeichen für eine Zunahme des Vertrauens ausmachen, die als Unterstützung für etablierte Medien in Krisenzeiten interpretiert werden kann.

Die Quoten des ZDF sprechen für sich: Im aufgelaufenen Jahr hatte das ZDF einen Marktanteil von im Schnitt 13,1 Prozent. Das ist der beste Marktanteils-Wert in einem „Nicht-Sport-Jahr“ seit 2005. Jeden Tag schalten momentan im Schnitt 22,14 Millionen das ZDF ein. In den USA lassen sich ähnliche Tendenzen erkennen: Gestiegen Auflagen und Klick-Zahlen der Qualitäts-Medien. Die „New York Times“, die – ein deutlicher Seitenhieb auf Trump – mit dem Slogan „Truth“ (also Wahrheit) wirbt, verzeichnet einen neuen Rekord. Im ersten Quartal dieses Jahres konnte sie ihre Digital-Abos um 308.000 auf 2,2 Millionen steigern. Das ist der stärkste Zuwachs in der Geschichte des Unternehmens.

Und doch: Es existiert ein harter Kern von Medienkritikern. Uns zurückzuziehen und nur auf die Mehrheit der Vertrauenden zu setzen, wäre gefährlich. Wir dürfen uns nicht auf den wohl klingenden Zahlen ausrufen, denn es gilt, wenigstens zu versuchen, die Zweifler zurückzugewinnen. Bei einigen wird uns dies nicht gelingen. Aber trotzdem: Wir dürfen den Kontakt auch zu diesen Menschen nicht abreißen lassen und wir müssen dafür sorgen, dass das Virus nicht in die Mitte der Gesellschaft überspringt. Das bedeutet: Wir müssen begreifen, was hinter den so genannten „Sorgen und Ängsten“ verunsicherter Bürger steckt.

Wir müssen uns zum Beispiel interessieren, wenn Bürgerinnen und Bürger wegen des Strukturabbaus auf dem Lande, wegen der Wohnungssituation oder wegen prekärer Arbeitsverhältnisse in Opposition gehen – in Opposition gegen diejenigen, die sie als Elite dieses Landes ausgemacht haben.

Wir alle müssen uns fragen: Warum fühlen sich diese Menschen ausgegrenzt? Woher kommt der Hass? Dafür gibt es Antworten, die – so meine ich – über den sozialen und ökonomischen Bereich hinausgehen. Es handelt sich auch um Globalisierungs- oder Modernisierungsängste oder bestimmte kollektive kulturelle Erfahrungen, zum Beispiel Enttäuschungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit. Und selbstverständlich

müssen in einem demokratischen System auch grundsätzlich oppositionelle Positionen, z.B. zur Flüchtlingskrise, möglich sein und auch von den Medien wahrgenommen werden.

Aber: Verstehen und analysieren sind etwas anderes als Verständnis haben. Verständnis signalisiert immer auch Empathie.

Wenn es also um Gewalt gegen Politiker, Journalisten oder Kirchenvertreter geht – ich denke hier beispielsweise an die Mord-Drohungen, die der Bamberger Bischof Ludwig Schick von AfD-Anhängern bekommen hat, weil er einen muslimischen Bundespräsidenten für akzeptabel hielt. Wenn es also um Anschläge auf Flüchtlingsheime oder Ausländerhass und Antisemitismus geht, müssen wir unsere Haltung deutlich machen und sagen, um was es sich hier handelt.

Es gibt eine Grenze des Verständnisses. Hier heißt es: Haltung zeigen im Kampf gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus.

Ich bin überzeugt: Kirchen wie Journalisten sind jetzt gleichermaßen gefordert, Haltung zu zeigen und in einer pluralistisch-liberalen Gesellschaftsordnung für Zusammenhalt, Verständigung und das Funktionieren dieser Demokratie zu sorgen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur AfD sagen: Auch die Kirche beschäftigt sich ja intensiv damit, wie mit der populistischen Haltung und vielen unchristlichen Inhalten der AfD umzugehen ist. Dazu hat sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, bei der Frühjahrsvollversammlung der Bischöfe in Bergisch Gladbach klar positioniert. Ein politisches Agieren, das Ängste vor Überfremdung schüre und einseitig nationale Interessen betone, sei mit der christlichen Perspektive nicht vereinbar, sagte er.

Wir als Journalisten müssen die Medienmechanismen von AfD-Politikern durchschauen und gegebenenfalls darstellen. Der AfD geht es oft darum, die Empörungsschraube weiterzudrehen: sie provoziert einen Skandal mit markigen Sprüchen, überschreitet die Grenze der Menschenverachtung und des Rassismus, die Aufregung in Politik und Medien ist groß – und die AfD rudert zurück. Das schafft Aufmerksamkeit und kostet nichts. Was hilft dagegen? Die Methode entlarven und die Partei mit ihren eigenen Widersprüchen zu konfrontieren.

Im Zusammenhang mit Höckes Dresdner Rede ist das gelungen. Sie war für mich übrigens bisher die deutlichste Grenzüberschreitung. Wer die deutsche Erinnerungskultur als Schuld kult diffamiert, der will wirklich eine andere Republik.

Zu unserer neuen Verantwortung als Journalisten im Zeitalter der sozialen Netzwerke gehört aber auch, dass wir transparenter denn je sein müssen. Auch das schafft Vertrauen, Verständnis und letztlich auch Glaubwürdigkeit.

Lange galt: Der Journalist kennt sich aus und er sagt den Zuschauern, was Sache ist. Das wirkt – ehrlich gesagt – heutzutage nicht mehr demokratisch. Und das ist es auch nicht. Früher war Politikberichterstattung im Fernsehen ein bisschen so wie Frontalunterricht in der Schule: Vorne steht der Lehrer bzw. der Journalist und redet und die Schüler bzw. Zuschauer sollen brav zuhören und sich bilden. Aber so funktioniert weder die Schule noch das Fernsehen in einer Zeit, in der alle ständig kommunizieren, über WhatsApp, Snapchat,

Facebook & Co. verbunden sind, Nachfragen stellen, sich ihre eigenen Informationsquellen suchen und auch das: Quellen von Nachrichten, Augenzeugen sein können und wollen.

Für uns Journalisten heißt das: Wir müssen uns und unsere Programme und Angebote erklären. Und wir müssen uns zu Fehlern bekennen, die unter dem Druck von Wettbewerb, Geschwindigkeit und Komplexität bei einem 24-Stunden-Programm sieben Tage die Woche passieren.

Offen, transparent, neugierig sein, den Dialog suchen, Fehler eingestehen und gleichzeitig klare Kante zeigen, sobald es um Gewalt, Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus geht – das scheinen mir die besten Rezepte zu sein, um Glaubwürdigkeit zu erhalten oder sie neu aufzubauen. Sowohl für Medien als auch für die Kirche.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bin nun gespannt auf eine Diskussion mit Ihnen!